

Reise ohne Illusionen: Der Papst in Mittelamerika

Vom 2. bis 11. März besuchte Papst Johannes Paul II. acht Länder Mittelamerikas und der Karibik. Wie keine andere offenbarte diese 17. Auslandsreise des Papstes die Spannung zwischen pastoraler Intention und politischer Wirkung, nirgendwo haben die Regierenden so unverhohlen die eigene Macht und die Ohnmacht des Gastes zu demonstrieren gewußt wie in Guatemala und in Nicaragua, Staaten mit gegensätzlichen ideologischen Systemen, in denen die katholische Kirche historisch tief verwurzelt ist.

Konfrontation mit den Sandinisten

Um den Papstbesuch in *Nicaragua* hatte es schon bei der Vorbereitung der Reise ein diplomatisches und politisches Tauziehen gegeben. Der Papst wußte bereits vor Antritt der Reise, daß die sandinistische Führung den Zustrom der Bevölkerung zu begrenzen und seine Person mit allen propagandistischen Mitteln für ihr Regime zu vereinnahmen gedachte. Der Verlauf des Papstbesuchs offenbarte nicht nur, daß die Junta der Revolutionäre nach wie vor auf staatsmännische Umgangsformen zugunsten eines teils rüden, teils hilflos wirkenden Jargons verzichtet; er machte vor allem deutlich, daß sich das Regime unter dem nicht nur subjektiven Eindruck zunehmender äußerer Isolierung und Bedrohung mit immer totalitäreren Methoden wehren zu müssen glaubt. Der „Koordinator“ der Junta, Kommandant *Daniel Ortega*, wies in seiner Begrüßungsrede, die er zur politischen Kundgebung ausdehnte, auf die „nordamerikanische Aggressionspolitik“ hin, die den Frieden in Nicaragua bedrohe. Nach einem später vom Vatikan veröffentlichten Kommuniqué bat die Junta den Papst, seinen Einfluß geltend zu machen, damit eine direkte militärische Intervention der USA verhindert werde. Diese prononciert politischen Aussagen der sandinistischen Führung nahm der Papst noch gelassen hin. Die inszenierten Sprechchöre

und revolutionären Parolen während des Gottesdienstes am 4. März auf dem Platz des 19. Juli in Managua, gegen die er seine Ansprache nur mit Mühe zu Ende bringen konnte und die auch den weiteren Verlauf der Meßfeier störten, haben ihn jedoch sichtlich getroffen. Die manipulative Querschaltung von Mikrofonen und das Einspielen der Revolutionshymne nach dem Segen des Papstes waren für die internationale Öffentlichkeit wie für die versammelte Volksmenge zu offensichtlich und diskreditierte die hemdsärmeligen Gastgeber zusätzlich. Daß die Hunderttausenden von Gläubigen, denen der Besuch des Papstes in erster Linie galt, auf so plumpe demagogische Manier quasi ausgeschaltet werden konnten, wirft ein Licht auf die schwierige Lage der katholischen Kirche Nicaraguas unter der jetzigen sandinistischen Regierung. Stärker aber als in anderen Ländern Lateinamerikas hört das nicaraguanische Volk auf seine *Bischöfe*: die traditionelle Kirchentreu der Nicaraguaner mache sie weniger anfällig für importierte Ideologien, berichtete man dem Papst nach dem Sieg der Sandinisten über den Diktator Somoza. Weniger wirksam ist daher auch die ideologische Beeinflussung des katholischen Volkes durch eine vom Marxismus inspirierte Doktrin als die Schwächung der öffentlichen Stellung des Episkopats. Die Bischöfe ihrerseits ringen um den Zusammenhalt ihrer von Spaltung bedrohten Ortskirche (vgl. HK Oktober 1982, 478f.). Daß sich die Spannungen zwischen dem Episkopat und der teilweise parallel existierenden „Iglesia popular“ noch verschärft haben, wird aus der jüngsten Äußerung des Erzbischofs von Managua, *Miguel Obando Bravo*, im italienischen Rundfunk deutlich, die „Volkskirche“ sei sektiererisch. Erwartungsgemäß beschwor der Papst in Nicaragua die Kirche, die Einheit in sich und mit den Bischöfen zu wahren. Dazu zitierte er aus seinem Brief an die nicaraguanischen Bischöfe vom Juni 1982, eine

solche Parallelkirche sei „gefährlich und absurd“.

An die Adresse der *in der sandinistischen Regierung tätigen Katholiken* (und Priester) richtete der Papst (ohne die Priester mit politischen Ämtern direkt zu erwähnen) die Mahnung: „Es gibt Fälle, in denen die Einheit nur zu retten ist, wenn man bereit ist, auch auf eigene gute Ideen, Pläne und ein Engagement zu verzichten – erst recht, wenn sie keinen kirchlichen Bezug haben – um das höhere Gut der Gemeinschaft mit dem Bischof, dem Papst und der ganzen Kirche willen.“ Bei einer unvorhergesehenen Begegnung mit dem Dichter und Kulturminister der sandinistischen Regierung, *Ernesto Cardenal*, ermahnte der Papst diesen mit eindringlichen Gesten, sein Verhältnis zur Kirche in Ordnung zu bringen. In der alten Hauptstadt León warnte der Papst dann unmißverständlich vor *Ideologien, die christlicher Überzeugung widersprechen*. Man brauche sie nicht, um die Menschen lieben und verteidigen zu können. Auf dem Hintergrund einer nach Meinung mancher Bischöfe bevorstehenden Verstaatlichung der Schulen forderte der Papst ein freies *plurales Bildungswesen*, das dem Elternwillen Rechnung trage. Wie auch an anderer Stelle sprach sich der Papst in Nicaragua gegen die Einmischung der Großmächte in Mittelamerika aus, „die auf die eine oder andere Weise ideologische, wirtschaftliche oder militärische Konflikte schüren“.

Die ersten offiziellen Reaktionen der Regierung und der Regierungspresse waren Enttäuschung und Ablehnung. Der Papst habe kein Wort der Ermutigung für das nicaraguanische Volk und die Revolution gehabt, hieß es in einem Kommentar von Radio Managua. Das Parteiorgan „Barricada“ schrieb, Johannes Paul II. habe sich „mit der kirchlichen Hierarchie identifiziert, die nicht die Sache der Armen vertritt“. Für Nicaragua gilt, daß der Besuch des Papstes und die dazu von der sandinistischen Führung inszenierte Kraftprobe die Fronten ein Stück weit geklärt, aber auch verhärtet haben, worüber wohl beide Seiten nicht glücklich sind.

Die Menschenrechte als Hauptthema

Dem Papstbesuch in *Guatemala* ging eine Schreckensnachricht voraus, wie sie im Land selbst beinahe zum Alltag gehört: die *Hinrichtung von sechs mutmaßlichen Guerilleros*, für die der Papst um Gnade gebeten hatte. Daß der guatemaltekeische Präsident, General *Efraín Ríos Montt*, dem Papst diese versöhnliche Geste verweigerte, gehörte zu den bitteren Erfahrungen dieser Reise. – In dem seit 1954 von Militärdiktatoren beherrschten Land gibt es keine politischen Häftlinge, weil das Regime seine Gegner eliminiert. Zum Kampf gegen die Guerilla gehören seit Jahren Massenmorde unter der ländlichen Bevölkerung.

Seit einiger Zeit verfolgt das Regime auch die katholische Kirche als „subversive“ und „prokommunistische Organisation“. General Ríos Montt, Prediger der aus den USA stammenden Sekte „El Verbo“, kündigte einen Tag vor dem Papstbesuch baldige freie Wahlen an und verlängerte gleichzeitig den Kriegszustand. Der unter seinen Amtsbrüdern mehr und mehr isolierte Erzbischof von Guatemala-Stadt (und einziger Kardinal Mittelamerikas), *Mario Casariego*, nannte zum gleichen Zeitpunkt in einem Fernseh-Interview die Guerilla ein Zeichen für die Präsenz des Teufels in der Welt, zeigte sich aber überzeugt, „daß die Streitkräfte mit ihrer Opferbereitschaft es schaffen“. Der Papst soll unter dem Eindruck der vollstreckten Todesurteile die Absage seines Besuchs erwogen haben, ließ aber bald erklären, er halte an seinem Plan, „das Volk von Guatemala“ zu besuchen, fest. Es lag also nahe, daß Johannes Paul II. die *Wahrung der Menschenrechte* zum Hauptthema seiner Ansprachen in Guatemala machte. Mit beschwörenden Appellen und in offener Anklage versuchte der Papst auf seine Gastgeber einzuwirken. Vor einer Million Menschen bat er in der Hauptstadt die Regierenden, „insbesondere jene, die das Feuer des christlichen Glaubens in sich spüren“, Gerechtigkeit herzustellen, die den Schutzlosen wirksam schütze. Wer die Rechte des Menschen verletze, indem

er ihn foltere, entführe oder gar töte, begehe ein Verbrechen und beleidige Gott schwer. Zur Bekämpfung extremistischer Kräfte sei nichts geeigneter, empfahl der Papst, als denen die Würde zurückzugeben, „die Unrecht, Verachtung und Elend erleiden“.

In Quezaltenango forderte Johannes Paul II. für den ganzen mittelamerikanischen Raum Gesetze zum *Schutz der Indios* (die in Guatemala die Hälfte der Bevölkerung stellen) und entwicklungsfördernde Maßnahmen unter Wahrung der kulturellen und ethnischen Identität. Konkret regte der Papst die Bildung von Genossenschaften an und forderte gerechte Bezahlung für Arbeit und Produkte der Indianer. Zu der andauernden Verfolgung der Kirche durch das Regime vor allem in den ländlichen Gebieten sagte der Papst: „Niemand soll es mehr wagen, die Verkündigung des Evangeliums mit Subversion zu verwechseln, und ich bitte inständig darum, daß die Missionare sicher und ungehindert arbeiten können.“ Vor den guatemaltekeischen Ordensleuten wiederholte der Papst seine Ermahnung, sie sollten sich nicht als soziale und politische Führer betätigen und ideologisch mißbrauchen lassen.

Brücken zwischen Gegnern

In *El Salvador*, wo der Bürgerkrieg in den vergangenen drei Jahren zwischen 30 000 und 50 000 Menschenleben kostete, hatte sich die Regierung bis zum letzten Tag vor dem Papstbesuch geweigert, wie die Aufständischen einen *Waffenstillstand* auszurufen. Dann stellten Armee und Guerilla die Kämpfe vorübergehend doch ein. Als der Papst nach seiner Ankunft in Abänderung des Programms zur Kathedrale von San Salvador fuhr, um am Grab des ermordeten Erzbischofs *Oscar Romero* zu beten, kam es zu einem grotesken, aber auch bezeichnenden Zwischenfall: Johannes Paul II. mußte geraume Zeit vor der verschlossenen Kathedrale warten, bis nach Verhandlungen der päpstlichen Wache die Militärs den Weg freigaben.

In San Salvador unterstützte der Papst ausdrücklich das Angebot des neuernannten Erzbischofs, *Arturo Rivera y*

Damas, zwischen der Regierung Magaña und der nationalen Befreiungsfront zu vermitteln. Auch die Priester ermutigte der Papst, Brücken zwischen den politischen Gegnern zu schlagen und dafür alle Risiken auf sich zu nehmen: „In der Tat fordert euer Bemühen um Gemeinschaft und Frieden von euch manchmal die Aufopferung des Lebens, sei es in der täglichen Arbeit oder in der Hingabe an die Menschen, wie es einigen eurer Brüder geschehen ist.“ – Präsident Magaña hat bisher unter dem Druck der Armee Verhandlungen mit der Guerilla abgelehnt. Noch während der Papst sich zu Beginn der Reise in Costa Rica für eine gewaltlose Lösung und Verhandlungen und gegen die Einmischung einer ausländischen Macht aussprach, hatte die Regierung von El Salvador mit den Vereinigten Staaten über die Entsendung weiterer Militärberater und neuer Waffenlieferungen verhandelt.

Auf dem Inselstaat *Haiti*, dem Armenhaus Lateinamerikas, das von der Familie *Duvalier* regiert wird, als wäre es ihr Eigentum, wurde der Papst noch einmal sehr deutlich: „Die Dinge müssen sich ändern in Haiti“, rief er und forderte eine weniger eigennützige Amtsführung und die gerechtere Verteilung der Güter. Wie bei allen bisherigen Reisen predigte der Papst auch in Mittelamerika über grundsätzliche Anliegen, die Verwirklichung der katholischen Soziallehre (in Honduras), christliche Ehe- und Familienmoral (in Panama), Ökumene (Belize) und richtete eine Ansprache an die Jugend (in Costa Rica).

An Puebla erinnert

In Haiti eröffnete Johannes Paul II. mit einer programmatischen Rede die *Vollversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM*. Seine eindringliche Mahnung, die Botschaft von Puebla unverfälscht zu predigen und zu verwirklichen, wurde wohl zu Recht als Kritik an einer einseitigen politischen Parteinahme von Priestern und Bischöfen in Lateinamerika verstanden. Der Papst bestätigte zwar die in Puebla getroffene vorrangige „Option“ der lateinamerikanischen Kirche

für die Armen, ermahnte die Bischöfe jedoch mit Nachdruck, niemanden von der Seelsorge auszuschließen. Als Ursache von Armut und Elend in Lateinamerika nannte der Papst erneut eine *tiefverwurzelte soziale Ungerechtigkeit*. Es sei ihre Pflicht, sagte der Papst den Bischöfen, unter größtem persönlichen Einsatz Antworten auf die geistlichen Bedürfnisse Lateinamerikas zu finden, damit dessen Völker nicht außerhalb der Kirche Zuflucht suchen müßten. Als Hauptprobleme der lateinamerikanischen Kirche nannte der Papst den Mangel an Priester- und Ordensberufungen, eine

wachsende religiöse Gleichgültigkeit, das Vordringen des Atheismus und die rasche Ausbreitung von Sekten auf dem Subkontinent.

Johannes Paul II. wird die Reise nach Mittelamerika gewiß ohne Illusionen angetreten haben, ihr Verlauf hat vermutlich manche seiner Befürchtungen noch übertroffen. Obwohl die Dichte des Programms wieder einmal intensivere Begegnungen ausschloß, hat der Papst in den armen politisch unruhigen Ländern Mittelamerikas doch bedrückende Ansichten gewinnen und seine Grenzen – auch die seines Amtes – sehr direkt erfahren müssen. G.B.

Bischofskonferenz: Friedensdisput in Trier

Bei der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, die vom 21. bis 24. Februar in Trier stattfand, drängte ein Thema alle übrigen Beratungsgegenstände deutlich in den Hintergrund. Die Bischöfe widmeten mehr Zeit als ursprünglich eingeplant der Beratung über den zweiten Entwurf zu ihrer *Stellungnahme zum Dienst der Kirche am Frieden*, die bisher den Titel „Gerechtigkeit schafft Frieden“ trägt. Das etwa fünfzig Seiten starke Dokument wurde in Trier intensiv diskutiert, aber noch nicht endgültig verabschiedet. Zunächst müssen jetzt aufgrund der Diskussion während der Vollversammlung rund hundert Änderungen in den Text eingearbeitet werden, der in seinen Grundlinien und -aussagen allerdings gutgeheißen wurde. Die Verabschiedung ist für die Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz am 18. April vorgesehen.

Auf vielerlei Weise herausgefordert

Erstmals hatten sich die Bischöfe auf der *Frühjahrsvollversammlung 1981* ausführlich mit der neuen Friedens- und Rüstungsdiskussion beschäftigt (vgl. HK, April 1981, 170–173). Dem Pressebericht war zu entnehmen, daß die Bischöfe damals den andauernden Rüstungswettlauf beklagten, auf die

schwieriger, als man zunächst angenommen hatte.

Während das bischöfliche Friedensdokument vorbereitet wurde, intensivierte sich die *Diskussion im deutschen Katholizismus* über den richtigen Weg zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. Klare Positionsbestimmungen erfolgten auf der einen Seite vom Zentralkomitee (vgl. HK, Dezember 1981, 624–630), auf der anderen Seite durch den Bensberger Kreis (vgl. HK, Oktober 1982, 475–477). Das Bensberger Memorandum, das sich für eine „gradualistische“ Abrüstungsstrategie aussprach und die „insgesamt konservative Haltung des deutschen Katholizismus in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik“ beklagte, erschien unmittelbar im Vorfeld des *Düsseldorfer Katholikentages*. Der Katholikentag, bei dem sich das Friedensthema stark in den Vordergrund schob (vgl. HK, Oktober 1982, 493–499), machte die unterschiedlichen Positionen deutlich: Der nicht zuletzt von Vertretern des Zentralkomitees artikulierten Mehrheitsposition im offiziellen Katholizismus (Betonung des Zusammenhangs von Frieden und Gerechtigkeit, Bejahung der Abschreckung auf der Grundlage eines militärischen Gleichgewichts, Absage an einseitige Abrüstung) stand die Forderung nach deutlicheren Worten der Kirche gegen die Gefahren des Rüstungswettlaufs, gegen die Abschreckung mit Atomwaffen und nach einer eindeutigen Orientierung am Ethos der Bergpredigt gegenüber.

„tragische Spannung“ zwischen der Forderung nach allseitiger und gleichzeitiger Abrüstung und die Notwendigkeit der Selbstverteidigung hinweisen und sich gegen eine einseitig pazifistische Interpretation des biblischen Ethos wandten. Ebenso wurde festgehalten, in umstrittenen Einzelfragen, wie z. B. der der NATO-Nachrüstung, könnten Christen zu verschiedenen Urteilen kommen. Ein halbes Jahr später griff Kardinal *Joseph Höffner* das Thema in seinem Eröffnungsreferat zur Herbstvollversammlung über „Das Friedensproblem im Licht des christlichen Glaubens“ erneut auf, unter starker Anlehnung an einschlägige Äußerungen der letzten Päpste und des Konzils.

Schon im Frühjahr 1981 wurden auch erste Überlegungen im Blick auf eine gemeinsame bischöfliche Stellungnahme zu den durch die Friedensbewegung massiv aufgeworfenen Fragen angestellt. Ende 1981 wurden entsprechende Arbeitsaufträge erteilt, doch dauerte es dann über ein Jahr, bevor ein *erster Entwurf* dem Ständigen Rat vorlag, der sich im Januar dieses Jahres damit befaßte. Anfangs mußte erst geklärt werden, ob man ein kürzeres Hirtenwort zur Friedensthematik oder eine umfangreichere Erklärung erarbeiten sollte. Nachdem die Entscheidung für letztere gefallen war, erwies sich das Unternehmen bald als

Die Diskussion darüber, mit welcher Grundtendenz und wie konkret sich das kirchliche Lehramt in Sachen Friedenssicherung und Rüstung äußern könne und solle, erhielt durch den zweiten Entwurf des geplanten Hirtenbriefs der katholischen Bischöfe der USA nochmals neue Nahrung. So hieß es beispielsweise in einem Beitrag von „Publik-Forum“ zum amerikanischen Entwurf (22. 12. 82): „Das Dokument der Amerikaner fordert ihre deutschen Amtsbrüder heraus, es nicht bei der Wiederholung allgemeiner friedenspolitischer Prinzipien zu belassen, sondern konkret auf die Ebene der Sachprobleme einzugehen.“